

Partymeile Über 1000 Schaffhauser feierten am Nachmittag vor Heiligabend im «Bermuda-Dreieck». **Stadt Schaffhausen Seite 14**

450 Kerzen Die Hauptattraktion an der Christnachtfeier im Münster war der riesige Weihnachtsbaum. **Stadt Schaffhausen Seite 17**

Ein langer Weg zu schwarzen Zahlen

Tiefrote Zahlen, Grabenkämpfe und ein historisches erstes Mal: Die Diskussionen um die Kantonsfinanzen haben dieses Jahr neue Dimensionen erreicht.

VON ZENO GEISSELER



In guten Zeiten ist eine Budgetdebatte nur etwas für Politiker, in schlechten Zeiten wie im zu Ende gehenden Jahr hat der trockene Zahlenstoff aber das Zeug zu einem saftigen Budgetkrimi, an dem die ganze Bevölkerung Anteil nimmt.

Den Auftakt bildete die Debatte zum Budget 2015 im Kantonsrat im November 2014. Seit 2010 schrieb Schaffhausen rote Zahlen, zwischen gut 6 und fast 30 Millionen Franken betrug jeweils das Minus. Mit dem Entlastungsprogramm 2014 hatte die Regierung mehrere einschneidende Massnahmen präsentiert, die nun mit dem Budget zu einem guten Teil bestätigt werden sollten. Dagegen wehrten sich insbesondere SP und Juso im Rat stark, wenn auch angesichts der bürgerlichen Ratsmehrheit vergeblich. Die linken Appelle, bei der Pflege und der Bildung nicht zu stark zu sparen, blieben ohne Folge. Immerhin stimmte der Rat einer Lohnerhöhung und auch einer temporären Erhöhung des Steuerfusses zu, beides linke Anliegen. Doch dies mochte die Wut von SP und Juso nicht wirklich dämpfen. Sehr bald war für die Sozialdemokraten klar, dass sie gegen das Budget 2015 das Referendum ergreifen würden.

Rein technisch war ein solches Referendum nur möglich geworden, weil der Rat den Steuerfuss angehoben hatte. Denn nur unter dieser Bedingung kann ein Volksentscheid zu den Staatsausgaben des kommenden Jahres erzwungen werden. Diese Ironie der Referendumsregeln sollte noch zu reden geben.

«Gnadestoss» für Widmer Gysel

In Rekordzeit waren die Unterschriften beisammen, noch im Dezember 2014 wurde das Referendum eingereicht. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kantons Schaffhausen



Die Juso forderten sie zum Rücktritt auf: die Schaffhauser SVP-Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel, hier bei der Debatte zum Budget 2016.

Bild Zeno Geisseler

war ein Volksentscheid zu einem Budget erzwungen worden. Die Abstimmung wurde auf den 12. April 2015 angesetzt, und an diesem Tag feierten die Referendumsführer einen grossen Erfolg: Mit 54,4 Prozent Nein-Stimmen wurde das Budget versenkt. Die Juso forderte im Siegesrausch mit martialischen Worten («Gnadestoss für Finanzdirektorin») den Rücktritt von Rosmarie Widmer Gysel.

Nun war der Kantonsrat gehalten, ein neues Budget zu verabschieden. Verschiedene Seiten betonten, der Rat habe dabei den Volkswillen zu respektieren. Doch an der Frage, was denn dieser Volkswille sei, entzündete sich schon der nächste Streit in der Schaffhauser Politik. Die Bürgerlichen argumentierten, dass viele Stimmbürger das Budget deshalb abgelehnt hätten, weil es einen höheren Steuerfuss und höhere Löhne für das Staatspersonal

vorgesehen habe. SP und Juso konterten, sie hätten das Referendum wegen der Sparmassnahmen in der Pflege und der Bildung ergriffen, und das Volksein sei auf jeden Fall als Bestätigung ihrer Kritik zu verstehen.

Bei der Neuauflage der Budgetdebatte Ende Juni kam es dann, wie es viele Linke befürchtet hatten: Der unverändert mehrheitlich bürgerliche Rat lehnte im neuen Budget sowohl eine Lohnerhöhung für das Staatspersonal als auch einen höheren Steuerfuss ab, die von den Linken bekämpften Sparmassnahmen aber blieben drin. Das Budgetreferendum hatte somit aus linker Sicht gar nichts gebracht.

Ganz ohne Widerstand soll EP 2014 aber dennoch nicht umgesetzt werden. Das Bündnis Zukunft Schaffhausen, eine Vereinigung von Gegnern des Entlastungsprogramms, hat eine Petition eingereicht, wonach das gesamte Spar-

paket dem Altpapier zuzuführen sei. Verbindlicher als diese zahlose Bittschrift ist eine ebenfalls vom Bündnis Zukunft Schaffhausen eingereichte Volksinitiative, welche verlangt, dass die Zahl der Lektionen in der Volksschule entgegen der Absicht der Regierung nicht reduziert wird. Über diese Initiative stimmt der Kanton spätestens bis im September 2016 ab.

Budget 2016: Rot, zum letzten Mal

Im zu Ende gehenden Jahr widmete sich der Kantonsrat dann abermals einem Budget, demjenigen des Jahres 2016. Mit deutlich geringeren Nebengeräuschen als früher wurde sowohl eine Lohnerhöhung als auch eine Anhebung des Steuerfusses gutgeheissen. 2016 soll das letzte Mal sein, dass der Kanton rote Zahlen schreibt. Für 2017 sieht der Finanzplan dann ein ganz leichtes Plus vor.

Thomas Minder sitzt fest im Sattel

Bei den National- und Ständeratswahlen im Oktober sind im Kanton Schaffhausen die Überraschungen ausgeblieben. Die vier Bisherigen, Thomas Hurter (SVP) und Martina Munz (SP) im Nationalrat sowie Hannes Germann (SVP) und Thomas Minder (parteilos) im Ständerat, sind wiedergewählt worden. Germann sogar mit einem Rekordresultat.

Überraschend, jedenfalls aus Sicht der Preisinnigen, war das schlechte Abschneiden von Regierungsrat Reto Dubach. Er war im Ständeratswahlkampf in erster Linie gegen Thomas Minder angetreten, und viele gingen davon aus, dass er mindestens einen zweiten Wahlgang erzwingen könnte und vielleicht sogar den Einzug ins Stöckli schaffen würde. Doch dazu kam es überhaupt nicht, Minder wie Germann wurden bereits im ersten Durchgang souverän wiedergewählt. Dubach aber war chancenlos. Er erhielt nur 7731 Stimmen. Damit fiel er sogar noch hinter den als Aussenseiter gehandelten Walter Vogelsanger von der SP zurück, der 7952 Stimmen holte. (zge)

Energiestrategie gescheitert

Sechs von zehn Stimmbürgern wollten von Energieförderplänen nichts wissen.

Mit einem ambitionierten Paket zur Energiezukunft des Kantons waren die Kantonsregierung und das Parlament am 8. Mai 2015 an die Urne gelangt – und kassierten dort eine Ohrfeige. 16 883 Stimmbürger (58,1 Prozent) legten ein Nein in die Urne, nur 12 197 Personen (41,9 Prozent) ein Ja.

Mit einer bis 2020 befristeten Förderabgabe hätte die Kilowattstunde um maximal 1 Rappen teurer werden sollen, was Privathaushalte ein paar Dutzend Franken im Jahr gekostet hätte. Für Unternehmen wäre es je nach Grösse deutlich teurer geworden. Rund 4,5 Millionen Franken wären jährlich im Kanton selbst zusammengekommen, dazu weitere 2 Millionen Franken aus Bern. Mit dem Geld hätte der Kanton energetische Massnahmen wie Gebäudesanierungen oder Solaranlagen fördern wollen.

Nein sagte das Volk aber auch zu neuen Richtlinien beim Heizungsersatz oder zur Ersatzpflicht für elektrische Widerstandsheizungen. Auch

diese Punkte waren Teil der gescheiterten Vorlage. Das Paket hätte bloss der Anfang sein sollen, weitere Fortsetzungen waren geplant.

«Marschhalt entschieden»

Regierungsrat Reto Dubach, dessen Departement bei der Vorlage federführend war, sagte am Tag der Abstimmung, dass es eine Überraschung gewesen wäre, wenn die Vorlage angenommen worden wäre. Er stellte aber auch klar, dass nun keine weiteren Bemühungen vom Kanton in dieser Richtung erwartet werden könnten: «Die grossen Weichen werden auf Bundesebene gestellt. Die Kantone haben, ergänzend dazu, die Aufgabe, einen Beitrag an die Energiestrategie zu leisten. Die Regierung war der Meinung, dass der Kanton eine aktive Rolle spielen sollte, und das ist von den Stimmberechtigten nicht befürwortet worden. Der Marschhalt ist damit entschieden. Ich sehe es nicht als realistisch an, dass die Regierung bis zum Ende dieser Le-

gislatur dem Kantonsrat eine weitere Energievorlage unterbreiten wird.»

Ähnlich schätzten die Situation auch die Meinungsführer im Parlament ein: «Die kantonale Energiestrategie ist gestorben. Zudem kann das Resultat auch als Misstrauensvotum gegenüber der eidgenössischen Energiestrategie gewertet werden», sagte Andreas Gnädinger, Präsident der SVP-JSVP-EDU-SVP-Senioren-Fraktion, am Tag der Abstimmung gegenüber den SN.

Werner Bächtold, Chef der SP-Juso-Fraktion, hingegen meinte: «Angesichts des Wechselkurses will man sich momentan offenbar keine zusätzlichen Ausgaben zumuten, auch wenn diese kaum spürbar wären. Schade um die Bundesmillionen, die jetzt in andere Kantone fliessen, schade um die Arbeitsplätze, die nicht geschaffen werden!» Das Thema Energiewende sei fürs Erste abgehakt, sagte Bächtold. «Es wird uns aber, ob wir wollen oder nicht, wieder einholen.» (zge)

2015 Das Jahr im Kanton im Rückblick

1. Januar Regierungsrat Ernst Landolt (SVP) übernimmt für ein Jahr das Regierungspräsidium.

12. Januar Kantonsrat Peter Scheck (SVP) leitet die erste Parlamentssitzung als Kantonsratspräsident für das Jahr 2015.

8. März Der Kanton Schaffhausen will kein Energieförderprogramm einführen, das mit einem Aufpreis auf den Strom verbunden ist. Das Volk versenkt die kantonale Energiestrategie mit 58,1 Prozent Nein. Gleichentags nimmt das Volk die Lockerung der Inventarpflicht in Erbschaftsfallen mit 65,2 Prozent Ja an.

16. März Die Schaffhauser Kantonalbank vermeldet einen Rekordgewinn. Rund 24 Millionen Franken fliessen an den Kanton.

12. April Die Regierung kassiert eine weitere Niederlage an der Urne: Im ersten Budgetreferendum der Kantonsgeschichte lehnt das Volk den Staatsvoranschlag 2015 mit 54,4 Prozent Nein-Stimmen ab. SP und Juso hatten gegen das Budget das Referendum ergriffen, vor allem wegen Kürzungen in der Pflege und der Bildung. Auf bürgerlicher Seite hingegen wurde argumentiert, dass das Volksein ein Zeichen gegen einen höheren Steuerfuss sei.

29. Juni Das Budgetreferendum der Linken erweist sich als Pyrrhussieg: Der bürgerlich dominierte Kantonsrat lehnt bei der Neuauflage des Budgets 2015 sowohl die früher beschlossene Anhebung des Steuerfusses als auch eine Lohnerhöhung ab. Das Budget prognostiziert ein Defizit von zehn Millionen Franken.

18. Oktober Bei den nationalen Wahlen ist die alte Delegation auch die neue: Thomas Hurter (SVP) und Martina Munz (SP) im Nationalrat, Hannes Germann (SVP) und Thomas Minder (parteilos) im Ständerat. Auch auf kantonaler Ebene wird abgestimmt: Das Volk versenkt das neue Tourismusgesetz, was Schaffhauserland Tourismus in eine existenzielle Krise stürzt.

15. November Das Volk sagt Ja zur Zusammenlegung der Tiefbauämter von Stadt und Kanton Schaffhausen.

16. November Auch im neuen Jahr wird der Kanton rote Zahlen schreiben: Der Kantonsrat beschliesst ein Budget für 2016 mit einem Minus von 16,1 Millionen Franken. Zudem steigt der Steuerfuss von 112 auf 115 Prozentpunkte.

28. November Die letzten Stücke der erweiterten Schaffhauser S-Bahn werden feierlich eingeweiht, darunter eine neue Haltestelle samt Lift am Rheinfall.

7. Dezember Reto Dubach (FDP) wird zum Regierungspräsidenten 2016 gewählt, Walter Vogelsanger (SP) ist neuer Kantonsratspräsident.

9. Dezember Bei den Bundesratswahlen bleibt Schaffhausen einmal mehr chancenlos, obwohl mehrere Schaffhauser als Sprengkandidaten gehandelt wurden, allen voran Thomas Hurter.

14. Dezember Der Fahrplanwechsel verläuft reibungslos. Nach Zürich gibt es jetzt den regulären Halbstundentakt, und die Schaffhauser S-Bahn nimmt ihren Vollbetrieb auf.

15. Dezember Regierungsrat Reto Dubach gibt bekannt, dass er nicht mehr für eine weitere Amtszeit zur Verfügung stehen wird.